

Johannes Kleen
Fraktionsvorsitzender

SPD Kreistagsfraktion ~ Fischteichweg 7 – 13 ~ 26603 Aurich

Aurich den 23.10.2023

An den Landrat Olaf Meinen
Landkreis Aurich

Sehr geehrter Herr Meinen,

**Die SPD Kreistagsfraktion stellt folgenden Antrag.
Der Kreistag möge beschließen**

Der Landkreis Aurich macht unmissverständlich klar: Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Religiöser Fanatismus und Diskriminierung werden von uns nicht toleriert!

Wir wollen Zivilcourage gegen Rechtsextremismus auch und insbesondere auf kommunaler Ebene fördern. Wir wissen: Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist langfristiger Natur und nicht durch kurzfristigen Aktionismus zu gewinnen. Uns ist dabei bewusst, dass gegen den harten Kern der gewaltbereiten Rechtsextremisten Maßnahmen von Jugendarbeit und sozialer Integration allein nicht helfen. Hier muss eine wehrhafte Demokratie Flagge zeigen und mit der ganzen Härte des Gesetzes vorgegangen werden.

Der Kampf gegen die neuen Nazis bedarf des Engagements aller Demokratinnen und Demokraten. Den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen kommen dabei eine Schlüsselrolle zu. Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie ein klares öffentliches Eintreten für Vielfalt und Menschenrechte sind wichtige Signale dafür, dass wir unsere demokratischen Werte entschlossen verteidigen. Der Landkreis Aurich wird sich dafür einsetzen, dass die Kommunen und Städte im Landkreis Aurich sowie der Landkreis Aurich selbst ihr Engagement gegen Menschenfeindlichkeit verstärken. Der Kreistag beschließt daher:

1. Der Landkreis Aurich bildet eine interfraktionelle Arbeitsgruppe, die konkrete Vorschläge für Maßnahmen auf kommunaler Ebene zur Eindämmung des Rechtsextremismus diskutiert, formuliert und in die politischen oder gesellschaftlichen Gremien zur Umsetzung einspeist. Als Material kann sich die Arbeitsgruppe zur Orientierung dem anliegenden Papier mit Vorschlägen für kommunale Handlungsfelder bedienen. Für die Ausgestaltung und Besetzung der Arbeitsgruppe sowie die Umsetzung bzw. Weiterleitung der jeweiligen Initiativen ist der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Migration zuständig.

2. Der Landkreis Aurich ernennt eine/n ehrenamtliche/n Extremismusbeauftragte/n. Diese Person fungiert als erste Anlaufstelle vor Ort im Landkreis für die Themen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung. Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Vereine oder Schulen können sich an die Stelle wenden, wenn beispielsweise rechtsextreme Aktivitäten beobachtet wurden oder entsprechende Vernetzungs- und Fortbildungsbedarfe bestehen. Diese Stelle wird mit einem noch zu klärenden Budget ausgestattet

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Kleen